

SESSIONSBERICHT

Wintersession 2008 (1.–19. Dezember 2008)

Jon A. Fanzun, Leiter Bereich Fraktion & Politik

Die Wintersession 2008 stand im Zeichen der Wahl eines neuen Mitglieds in die Landesregierung sowie der ausserordentlichen Session zur Finanzmarktkrise. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Nationalrat Ueli Maurer zum Nachfolger von Bundesrat Samuel Schmid, der vor der Session seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte.

Bundesrat Hans-Rudolf Merz wird 2009 den Bundesrat präsidieren. Er wurde vom Parlament mit einem brillanten Resultat zum Bundespräsidenten gewählt. Ständerätin Erika Forster wurde zur 1. Vizepräsidentin des Ständerats gewählt. Nationalrat Jean-René Germanier ist neuer 2. Vizepräsident des Nationalrats.

Das Parlament hat in der Wintersession das Budget 2009 und einen Nachtrag zum Budget 2008 verabschiedet. Im Rahmen der ausserordentlichen Session genehmigten die Räte das Massnahmenpaket zur Stützung des schweizerischen Finanzsystems und beschlossen eine sofortige Erhöhung des Einlegerschutzes.

Die Räte bereinigten des Weiteren eine Reihe wichtiger Geschäfte: So beschloss das Parlament entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale eine Schwächung des Patentgesetzes, verabschiedete die Rahmenkredite zur Entwicklungszusammenarbeit und im zweiten Anlauf das Rüstungsprogramm 2008. Schliesslich ist die Güterverkehrsvorlage bereinigt und die Senkung des Mindestumwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge vom Parlament beschlossen worden.

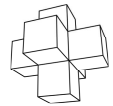
Der Nationalrat sprach sich im Sinne der Fraktion FDP-Liberale für den raschen Ausgleich der kalten Progression aus, hiess den Ausbau der Bahninfrastruktur gut, kam dem Ständerat beim Militärgesetz in einigen Punkten entgegen und lehnte eine Rückkehr zur Milchkontingentierung ab.

Der Ständerat hat unter anderem die Verstärkung der Schuldenbremse beschlossen, den Verfassungsartikel betreffend die Forschung am Menschen beraten und das Tabakgesetz revidiert. Dagegen konnte sich der Ständerat nicht auf eine Nachfolgeregelung zu dem Ende 2009 auslaufenden Ärztestopp einigen.

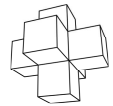
1) Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- Der Nationalrat hat die parlamentarische Initiative der Fraktion RL gutgeheissen, welche den möglichst raschen und jährlichen Ausgleich der kalten Progression fordert;
- Das Parlament hat im Sinne der Fraktion RL den Voranschlag 2009 verabschiedet sowie das Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems gutgeheissen;
- Das Rüstungsprogramm 2008 wurde im Sinne der Fraktion RL integral verabschiedet;
- Das Parlament hat die Erschöpfung im Patentrecht beraten und dabei entgegen dem Willen der Fraktion RL eine Schwächung des Patentrechts beschlossen;
- Der Ständerat hat im Sinne der Fraktion RL die Ergänzung der Schuldenbremse beschlossen;
- Die Fraktion RL hat sechs Fraktionsvorstösse eingereicht.

2) Geschäfte beider Räte



- **Bundesrat Merz neuer Bundespräsident:** Bundesrat Hans-Rudolf Merz ist von der Vereinigten Bundesversammlung mit 185 Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt worden. Die FDP-Liberale Fraktion gratuliert Bundesrat Merz zu seiner brillanten Wahl zum Bundespräsidenten. Neue Vizepräsidentin ist Bundesrätin Doris Leuthard. Sie erhielt 173 Stimmen.
- **Ueli Maurer zum Nachfolger von Bundesrat Schmid gewählt:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat Nationalrat Ueli Maurer im dritten Wahlgang mit 122 Stimmen in den Bundesrat gewählt. Auf Nationalrat Hansjörg Walter, der vor der Wahl erklärt hatte, dass er für das Amt nicht zur Verfügung stehe, entfielen 121 Stimmen. Im 1. Wahlgang hatte Walter 109 Stimmen erzielt, Maurer deren 67 und alt Bundesrat Christoph Blocher 54 – letztere Kandidatur wurde nach dem 1. Wahlgang zurückgezogen. Die Fraktion FDP-Liberale hatte am 2. Dezember ohne Gegenstimme beschlossen, die Kandidatur von Nationalrat Ueli Maurer zu unterstützen. Maurer tritt die Nachfolge von Bundesrat Samuel Schmid an, der am 12. November 2008 seinen Rücktritt aus der Landesregierung per Ende 2008 angekündigt hatte. Maurer wird das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) übernehmen.
- **Wahlen Bundesgericht und Bundesverwaltungsgericht:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat 19 nebenamtliche Bundesrichter gewählt und ist dabei der Empfehlung der Gerichtskommission gefolgt. Des Weiteren wurde Alain Chablais ins Bundesverwaltungsgericht gewählt. Schliesslich wählte die Vereinigte Bundesversammlung Lorenz Meyer zum Präsidenten und Susanne Leuzinger-Naef zur Vizepräsidentin des Bundesgerichts für die Jahre 2009/2010.
- **Voranschlag 2009, Budgetnachtrag 2008 und Finanzplan 2010-2012:** National- und Ständerat haben in der Wintersession den Voranschlag 2009, einen Nachtrag zum Budget 2008 sowie den Finanzplan 2010-2012 beraten und verabschiedet. In der ursprünglichen Form sah der Voranschlag ordentliche Ausgaben von 58,557 Mrd. Franken und ordentliche Einnahmen von 59,967 Mrd. Franken vor. Der Überschuss sollte somit 1,41 Mrd. Franken betragen. In der verabschiedeten Form sieht der Voranschlag 2009 nun einen Überschuss von 948 Mio. Franken vor. Das Parlament hob angesichts der drohenden Rezession die Kreditsperre auf, wie dies der Bundesrat beantragt hatte. Damit wird die einprozentige Ausgabenkürzung rückgängig gemacht, die im Budget bei nicht gebundenen Ausgaben vorgesehen war. Diese Massnahme führt zu Mehrausgaben von 205 Millionen Franken. Die Räte nahmen des Weiteren verschiedene Aufstockungen vor. Die grösste betrifft einen Kredit für ein Impulsprogramm für energetische Gebäudesanierungen. Dieser wurde – entgegen dem Antrag der Mehrheit der Kommission und der Mehrheit der Fraktion RL – von 86 auf 100 Mio. Franken erhöht. Trotz der beschlossenen Aufstockungen erfüllt der Voranschlag 2009 die Vorgaben der Schuldenbremse. Mit dem vom Bundesrat angekündigten Massnahmen zur Stützung der Konjunktur im Umfang von 650 Mio. Franken ist der Ausgabenspielraum der Schuldenbremse aber bereits vollständig ausgenutzt. Dem Projekt der Aufgabenüberprüfung kommt vor diesem Hintergrund weiterhin grosse Bedeutung zu.
Das Parlament billigte neben dem 6-Milliarden-Kredit für die UBS einen weiteren Nachtrag zum Budget 2008 in der Höhe von 404 Mio. Franken (33 Kreditanträge). National- und Ständerat haben schliesslich den Finanzplan 2010-2012 zur Kenntnis genommen. Dieser rechnete ursprünglich bis 2012 mit positiven Finanzierungsergebnissen. Aufgrund der Finanzkrise und der damit verbundenen konjunkturellen Entwicklung wird dieser Plan jedoch wesentliche Änderungen erfahren.
- **Massnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzsystems:** Im Rahmen der ausserordentlichen Session zur Finanzmarktkrise beschäftigen sich die beiden Räte mit dem Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems. Dieses Paket beinhaltet zwei Hauptmassnahmen: Zum einen lagert die UBS illiquide Aktiven in der Höhe von maximal 60 Mrd. US-Dollar in eine Zweckgesellschaft unter Kontrolle der Nationalbank aus. Zum anderen zeichnet der Bund eine Pflicht-

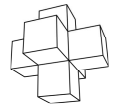


wandelanleihe der UBS über 6 Mrd. Franken, die mit 12,5 Prozent verzinst wird. Die Räte billigten nachträglich die vom Bundesrat bereits Mitte Oktober zugesicherte Kapitalspritze an die UBS. Die Auslagerung der illiquiden Mittel stand formell nicht zur Diskussion.

Der Nationalrat lehnte in der Debatte Nichteintretens- und Rückweisungsanträge der Grünen deutlich ab. In der Detailberatung ging es vor allem um die Auflagen des Kredits. Von linker und grüner Seite wurden mehrere Anträge zur Salär- und Boni-Politik gestellt. Mit Blick auf die Salärpolitik erinnerte die bürgerliche Ratsseite an die hängige Revision des Aktienrechts sowie die vom Bundesrat gemachten Auflagen zur Salärpolitik. Im Differenzbereinigungsverfahren liess der Ständerat die mit Stichentscheid des Ständeratspräsidenten eingefügte Rückzahlungsforderung für unverhältnismässige Entschädigungen an Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates fallen. Damit verzichtet das Parlament richtigerweise auf die Einfügung einer deklamatorischen und unwirksamen Bestimmung.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion FDP-Liberale sprachen sich in der Debatte für das Massnahmenpaket aus. Die vom Bund getroffenen Massnahmen waren angesichts der dramatischen Situation unumgänglich. Der staatliche Eingriff war wichtig und richtig, um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten, die Liquidität in diesem System sicher zu stellen, das Vertrauen zu stärken und drohende Wettbewerbsverzerrungen auf dem internationalen Markt entgegen zu wirken. Nichthandeln wäre keine Option gewesen. Gleichzeitig warnten die Vertreterinnen und Vertreter der FDP-Liberalen vor Überregulierung und zu weit gehenden Staatseingriffen. Denn es braucht nicht mehr, aber bessere Regulierungen. Die Politik ist gefordert, so viel wie nötig und nicht so viel wie möglich zu regulieren. Gefordert ist aber auch die Wirtschaft. FDP und Liberale fordern von Entscheidungsträgern eine neue Kultur: Grundsätze wie Leistungsbereitschaft, Bescheidenheit und Verantwortung sind ins Zentrum des Handelns zu stellen. Freiheit – in der Gesellschaft und in der Wirtschaft – ist nicht gratis zu haben. Freiheit erfordert Verantwortung. In diesem Sinne ist der liberale Grundsatz „Freiheit *und* Verantwortung“ aktueller denn je.

- **Stärkung des Einlegerschutzes:** Im Rahmen der ausserordentlichen Session haben die Räte eine Änderung des Bankengesetzes beschlossen, die eine Stärkung des Einlegerschutzes bezweckt. Sparguthaben sind zukünftig bis zu einem Wert von 100'000 Franken geschützt (bisher 30'000 Franken). Die Systemgrenze wird von 4 Mrd. Franken auf 6 Mrd. Franken angehoben. Dank der Dringlichkeitsklausel ist die bis Ende 2010 befristete Vorlage unmittelbar nach der Schlussabstimmung in Kraft getreten. Im kommenden Jahr wird der Bundesrat eine Vorlage zur grundlegenden Neuregelung des Einlegerschutzes präsentieren. Umstritten war die Frage, ob eine Liste der vorgeschriebenen und vorhandenen Deckungen jeder einzelnen Bank zu veröffentlichen ist. Im Differenzbereinigungsverfahren schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an und verzichtete – im Sinne der Fraktion RL – auf die Einführung einer solchen Liste. Diese hätte in der vorgeschlagenen Form nicht zu mehr Transparenz, sondern zu mehr Verwirrung geführt.
- **Parlament beschliesst Schwächung des Patentschutzes:** Der Ständerat hat sich im Differenzbereinigungsverfahren mit 26 zu 14 Stimmen für die einseitige regionale Erschöpfung ausgesprochen. Waren, dessen Preise staatlich festgelegt werden, sollen von dieser Regelung aber ausgenommen werden. Der Nationalrat ist in der dritten Sessionswoche dem Beschluss der kleinen Kammer gefolgt. Die grosse Kammer hat dabei den Antrag der FDP-Liberale Fraktion, an der Fassung des Bundesrates festzuhalten, mit 94 zu 83 Stimmen abgelehnt. Der Nationalrat hat des Weiteren Anträge der Fraktion FDP-Liberale im gleichen Verhältnis abgelehnt, welche die gegenseitige regionale Erschöpfung einführen sowie die Ausnahme für die administrierten Preise streichen wollten. National- und Ständerat haben die Vorlage in der Schlussabstimmung angenommen. Das Geschäft ist damit bereinigt. Die FDP-Liberale Fraktion sprach sich in diesem Dossier von Anfang an für einen starken Innovationsschutz und damit für die Lösung des Bundesrates aus. Dieser



hatte eine Mischung aus nationaler und internationaler Erschöpfung vorgeschlagen: nationale Erschöpfung dort, wo Innovation wichtig ist und daher ein wirksamer Schutz des geistigen Eigentums notwendig ist sowie internationale Erschöpfung dort, wo die Innovation von geringer Bedeutung ist (wenn die patentierte Technologie nicht das Wesen der Ware ausmacht). Des Weiteren sah der Entwurf eine Beweislastumkehr vor. Der Patentinhaber hätte im Streitfall vor Gericht glaubhaft machen müssen, weshalb die patentierte Technologie für die Ware wesentlich ist. Das Parlament hat diese Lösung abgelehnt und dabei die schlechteste aller möglichen Varianten beschlossen. Die Fraktion RL, welche die von der Mehrheit der beiden Räte gewählte Lösung stets bekämpft hat, hat die Vorlage in der Schlussabstimmung konsequenterweise abgelehnt. Denn die gewählte Lösung schwächt den Patentschutz, gefährdet Arbeitsplätze, ist nicht völkerrechtskonform und wird die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger kaum stärken.

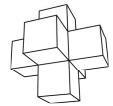
- **Nationalrat für raschen Ausgleich der kalten Progression:** Stände- und Nationalrat haben sich mit der von der Fraktion RL eingebrachten Forderung befasst, die kalte Progression rasch und regelmässig auszugleichen. Der Nationalrat hat die parlamentarische Initiative der Fraktion FDP-Liberale, welche den schnellstmöglichen und jährlichen Ausgleich der kalten Progression verlangt, mit 97 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Der Rat stimmte überdies der Motion der WAK-N, die einen jährlichen Ausgleich der kalten Progression anstrebt, mit 103 zu 71 Stimmen bei 12 Enthaltungen zu. SP, Grüne und CVP sprachen sich gegen die parlamentarische Initiative und gegen die Motion der WAK-N aus.

Der Ständerat hat eine Motion seiner WAK gutgeheissen, welche ebenfalls einen rascheren Ausgleich der kalten Progression verlangt, ohne dem Bundesrat aber konkrete Vorgaben zu machen. Die kleine Kammer konnte nicht Stellung zur parlamentarischen Initiative der Fraktion RL nehmen, da die WAK-S diese Initiative Ende Oktober abgelehnt hatte.

Dank der Initiative der FDP und der Liberalen kann die Steuerrechnung der Bürgerinnen und Bürger um 600 Millionen Franken gesenkt werden. Dabei wird vor allem der Mittelstand entlastet, der 510 Millionen Franken zurückerhält. Somit haben die Schweizerinnen und Schweizer mehr Geld im Portemonnaie - sie können mehr konsumieren und investieren.

- **Debatten zu Strompreiserhöhungen in beiden Räten:** Die Strompreiserhöhungen standen in der Wintersession in beiden Räten auf dem Programm, nachdem sich das Parlament bereits in der Herbstsession mit diesem Thema befasst hatte. In der zweiten Sessionswoche beschäftigte sich zunächst der Nationalrat mit verschiedenen Vorstössen, in denen konkrete Massnahmen gegen die Strompreiserhöhungen gefordert werden. Die Mehrheit des Nationalrats möchte dabei weiter gehen als der Bundesrat. Der Nationalrat hiess schliesslich eine Motion, zwei Postulate der UREK-N sowie eine parlamentarische Initiative der WAK-N gut. Neben bereits erfüllten Forderungen wird mit diesen Vorstössen eine Gesetzesrevision verlangt, die Rechtssicherheit schaffen, Transparenz über die einzelnen Kostenfaktoren gewährleisten und dem Regulator zusätzliche Kompetenzen verschaffen soll. Im Unterschied hierzu verzichtete der Ständerat auf weitergehende Massnahmen. Die kleine Kammer möchte vorerst abwarten, ob die vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen zu einer Dämpfung der Strompreise führen.

- **Rahmenkredite zur Entwicklungszusammenarbeit genehmigt:** Der Nationalrat hat den DEZA- und den Seco-Rahmenkredit für die Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Der Nationalrat ist dabei entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale dem Ständerat gefolgt und hat den Bundesrat beauftragt, dem Parlament im nächsten Jahr einen zusätzlichen Rahmenkredit zu präsentieren. Gemäss diesem Beschluss muss der Bundesrat dem Parlament 2009 eine Botschaft unterbreiten, in welcher er darlegt, wie der Anteil der Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandeinkommens (BNE) erhöht werden kann. Ebenfalls entgegen der Meinung der Fraktion FDP-Liberale haben National- und Ständerat im Differenzbe-

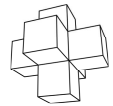


reinigungsverfahren beschlossen, den Anteil der multilateralen Hilfe auf 40 Prozent des gesamten Rahmenkredites zu begrenzen. Die Vorlage ist damit bereinigt.

- **Schweizerische Zivilprozessordnung kann in Kraft treten:** Die Differenzbereinigung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) ist abgeschlossen. Die Vereinheitlichung der ZPO stellt einen Teil der Justizreform des Bundes dar. Die Vorlage regelt den das Verfahren vor den kantonalen Gerichten sowie die nationale Schiedsgerichtsbarkeit bundesrechtlich. Die Gerichtsorganisation bleibt Sache der Kantone. Bei der letzten verbleibenden Differenz, dem Novenrecht, stimmte der Ständerat dem Kompromiss des Nationalrats zu. Demnach dürfen neu Beweismittel an der Hauptverhandlung, nicht aber bei der Berufung vorgebracht werden. Die ZPO wird voraussichtlich am 1. Januar 2011 in Kraft treten.

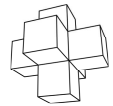
3) Nationalrat

- **Nationalratspräsidium gewählt:** Der Nationalrat hat Chiara Simoneschi-Cortesi (CVP/TI) turnusgemäss mit 134 von 166 gültigen Stimmen zu seiner Präsidentin gewählt. Pascale Bruderer (SP/AG) wurde mit 168 von 177 gültigen Stimmen zur ersten Vizepräsidentin gewählt. Jean-René Germanier (FDP/VS) ist neuer 2. Vizepräsident des Nationalrates. Die grosse Kammer wählte ihn mit 124 von 153 gültigen Stimmen in dieses Amt.
- **Ausbau der Bahninfrastruktur gutgeheissen:** Nachdem der Nationalrat in der Herbstsession die Erhöhung des NEAT-Gesamtkredits beschlossen hatte, befasste er sich in der Wintersession mit dem Rest der Gesamtschau zu Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs (FinöV). Die grosse Kammer folgte dabei dem Beschluss des Ständerats, den vom Bundesrat beantragten Kredit für die erste ZEB-Etappe (Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur) zugunsten des Regionalverkehrs um 200 Mio. Franken auf 5,4 Mrd. Franken zu erhöhen. Der Bundesrat wurde des Weiteren beauftragt, dem Parlament bis 2010 eine ZEB-2-Vorlage mit Erweiterungsoptionen vorzulegen. Der Nationalrat folgte dabei der kleinen Kammer und beschloss, dass lediglich eine Liste dieser Projekte ins Gesetz aufgenommen wird, ohne bereits Präferenzen festzulegen. Ein Antrag, der innerhalb der Liste eine Priorisierung vornehmen wollte, wurde abgelehnt. Ebenso lehnte der Rat einen SVP-Antrag ab, welcher sowohl den Zeitpunkt als auch den Inhalt der Vorlage völlig offen gelassen hätte. Der Nationalrat schuf beim Lärmschutz eine Differenz zum Ständerat. Der Kredit für den Lärmschutz soll nach dem Willen der Mehrheit des Nationalrats nicht von 1,854 auf 1,33 Mrd. Franken gekürzt werden. Mit dieser und weiteren kleinen Differenzen geht dieses Geschäft zurück in den Ständerat.
- **Rüstungsprogramm 2008 verabschiedet:** Der Nationalrat hat das Rüstungsprogramm 2008 im zweiten Anlauf verabschiedet, nachdem SP, Grüne und SVP das Rüstungsprogramm in der Herbstsession abgelehnt und mit diesem Entscheid nicht nur die Sicherheit des Landes, sondern auch Arbeitsplätze gefährdet hatten. Dies ist ein Erfolg für die Fraktion der FDP-Liberalen, die sich glaubwürdig und konsequent für die Sicherheit des Landes, für den Erhalt von Arbeitsplätzen und deshalb für die integrale Annahme des Rüstungsprogramms eingesetzt hat. Der Nationalrat hat das Rüstungsprogramm in der Gesamtabstimmung mit 114 zu 57 Stimmen angenommen. Der Antrag der Grünen, auf die Beschaffung von Mannschaftstransportern zu verzichten sowie der Antrag der SP, die Nachrüstung der F/A-18 aufzuschieben, wurden deutlich abgelehnt. Mit der Zustimmung des Nationalrats ist das Geschäft bereinigt. Das Rüstungsprogramm hat einen Umfang von 917 Mio. Franken, davon werden rund 500 Mio. Franken beschäftigungswirksam in der Schweiz investiert.
- **Revision des Militärgesetzes geht in die nächste Runde:** Der Nationalrat ist dem Ständerat in der Differenzbereinigung in einigen Punkten entgegen gekommen. Der Nationalrat hat im zweiten Anlauf beschlossen, dass militärisches Personal zu Ausbildungsdiensten und zu Einsätzen im Rahmen von Friedensförderungs-



und Assistenzdiensten im Ausland verpflichtet werden kann. Des Weiteren sollen auch Assistenzdienste im Inland (etwa zum Schutz des Weltwirtschaftsforums) weiterhin möglich sein. Dagegen spielte in der Frage, ob Wiederholungskurse im Ausland durchgeführt werden dürfen, die Allianz zwischen SVP, Grünen und SP auch weiterhin. Mit 98 zu 75 lehnte es der Nationalrat – entgegen dem Willen der Fraktion RL – den von der Kommission eingebrachten Kompromissvorschlag ab, wonach die Ausbildung nur dann im Ausland durchgeführt werden darf, wenn die Ausbildungsziele nicht im Inland erreicht werden können. Eine weitere Differenz zum Ständerat besteht schliesslich bei der Frage, wann ein Armee-Einsatz die Genehmigung des Parlaments erfordert. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung ein weiteres Mal in den Ständerat.

- **Wahrung der inneren Sicherheit:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit dem Bundesgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) befasst. Mit der Gesetzesänderung will der Bundesrat Lücken im nachrichtendienstlichen Abwehrdispositiv schliessen. Dabei sollen Auskunftspflichten von Behörden und Privaten erweitert werden; präventives Abhören von Telekommunikationsmitteln sowie die Beobachtung des Privatbereiches von Personen soll erlaubt werden. Der Nationalrat hat mit 92 zu 79 Stimmen bei 4 Enthaltungen – entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale – Nichteintreten auf die Vorlage beschlossen. Damit setzte sich – ähnlich wie im Sommer in der Debatte um das Rüstungsprogramm – eine Allianz aus SP, Grünen und Teilen der SVP durch. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.
- **Nein zur Milchkontingentierung:** Der Nationalrat in der dritten Sessionswoche die Motion Kunz behandelt. Der Motionär forderte darin die Allgemeinverbindlicherklärung für privatrechtliche Mengenregulierung der Milch. Das Anliegen wurde von der SVP, den Grünen und Teilen der CVP unterstützt. Die Fraktion FDP-Liberale hat sich in der Debatte für eine marktorientierte Landwirtschaftspolitik ausgesprochen und die Motion Kunz abgelehnt. Der Rat lehnte die Motion mit 82 gegen 77 Stimmen bei 15 Enthaltungen ab und sprach sich somit gegen einen Rückfall in die Milchkontingentierung aus.
- **Fakultativprotokoll gegen Folter gutgeheissen:** Der Nationalrat hat als Zweitrat das Fakultativprotokoll gegen Folter behandelt. Die Volkskammer hat mit 123 zu 45 Stimmen im Sinne der Fraktion FDP-Liberale die Genehmigung und innerstaatliche Umsetzung des Fakultativprotokolls gutgeheissen. Dabei will der Nationalrat die Kontrolltätigkeit im Sinne des Protokolls verbindlicher gestalten als der Ständerat. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück in die kleine Kammer.
- **Patentgerichtsgesetz und Patentanwaltsgesetz:** Der Nationalrat hat als Zweitrat der Schaffung eines Fachgerichts für patentrechtliche Streitigkeiten einstimmig zugestimmt. Dieses soll die Rechte am geistigen Eigentum und die Innovationskraft besser schützen. Beim Wahlverfahren der nebenamtlichen Richterinnen und Richter sind sich die beiden Räte noch nicht einig. Während Nationalrat und Bundesrat diese Wahlkompetenz der Gerichtskommission übertragen möchten, beantragt der Ständerat, diese Kompetenz der Bundesversammlung zu überlassen. Des Weiteren hat die grosse Kammer das Patentanwaltsgesetz einstimmig verabschiedet und dabei zwei kleine Änderungen gegenüber der Version des Ständerates beschlossen. Das Gesetz regelt die fachliche Qualifikation und den Titelschutz für Patentanwälte. Die beiden Vorlagen gehen zur Differenzbereinigung nochmals zurück in den Ständerat.
- **Fristverlängerung bei der Initiative „Lebendiges Wasser“:** Der Nationalrat hat beschlossen, die Frist für die Behandlung der Initiative „Lebendiges Wasser“ um ein Jahr bis zum Januar 2010 zu verlängern. Der Ständerat hat die Initiative bereits zu einem früheren Zeitpunkt abgelehnt und einen indirekten Gegenvorschlag beschlossen. Im Nationalrat stand dieser Vorschlag nicht zur Debatte, denn es ging lediglich um die Frage der Fristverlängerung.
- **Bevormundung im Konsumentenschutz abgelehnt:** Der Nationalrat hat zwei parlamentarische Initiativen der SP (Sommaruga und Bonhôte) im Sinne der Frak-

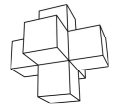


tion RL deutlich abgelehnt. Die Initiativen wollen die Konsumenten bei Geschäften im Internet und am Telefon besser schützen. Beide Vorstösse verlangen insbesondere ein Widerrufsrecht der Konsumenten. Somit setzte sich in der grossen Kammer die freisinnig-liberale Haltung durch, die auf die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger setzt.

- **UNO-Übereinkommen gegen Korruption:** Das Übereinkommen verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Bestrafung verschiedener Formen der Korruption. Inhaltlich geht die Konvention jedoch nicht weiter als bisherige regionale Abkommen. Das geltende Schweizerische Recht genügt den Anforderungen der Konvention bereits. Vor diesem Hintergrund hiess der Nationalrat dieses UNO-Übereinkommen gut.
- **Rehabilitierung der Spanienkämpfer:** Der Nationalrat möchte die Schweizerinnen und Schweizer, die im Spanischen Bürgerkrieg für die Demokratie gekämpft haben, rehabilitieren. Die grosse Kammer hat einen entsprechenden Gesetzestext im Sinne der Fraktion RL mit 130 zu 32 Stimmen angenommen.

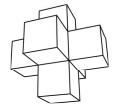
4) Ständerat

- **Neues Ständeratspräsidium:** Die kleine Kammer hat sein Büro bestellt. Dabei hat der Rat Alain Berset (SP/FR) zum Präsidenten, Erika Forster (FDP/SG) zur 1. Vizepräsidentin, Hansheiri Inderkum (CVP/UR) zum 2. Vizepräsidenten, Hans Altherr (FDP/AR) zum Stimmenzähler, Filippo Lombardi (CVP/TI) zum Ersatzstimmenzähler sowie Maximilian Reimann (SVP/AG) als weiteres Mitglied des Büros gewählt.
- **Vorlage zur Lockerung des Vertragszwangs gescheitert:** In der Sommersession 2008 hatten die Räte entschieden, den 2002 eingeführten Ärztestopp bis Ende 2009 zu verlängern. Danach wird der Ärztestopp auslaufen. Die SGK-S hatte sich in den vergangenen Monaten mit einem dualen Versicherungsmodell befasst, das als Anschlusslösung dienen sollte. Dieses Modell erwies sich als nicht mehrheitsfähig, womit nur die ursprüngliche Vorlage des Bundesrates zur Einführung der Vertragsfreiheit in den Rat kam. Der Ständerat folgte seiner Kommission und beschloss mit 23 zu 19 Stimmen Nichteintreten auf die Vorlage. Da eine Rückweisung an die Kommission abgelehnt wurde, geht die Vorlage an den Nationalrat. Dessen Kommission soll im Rahmen des Teilprojekts Manged Care nach tragfähigen Lösungen gesucht werden.
- **Verstärkung der Schuldenbremse:** Der Ständerat hat sich als Erstrat mit der Ergänzung der Schuldenbremse befasst und die Vorlage mit 26 zu 7 Stimmen angenommen. Die Grundidee der beantragten Ergänzungsregel besteht darin, Defizite des ausserordentlichen Haushalts über den ordentlichen Haushalt zu kompensieren. Als Steuerungsgrösse dient das «Amortisationskonto», das neu eingeführt werden soll. Darin werden die ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben erfasst. Weist es einen Fehlbetrag auf, so ist dieser während der sechs folgenden Rechnungsjahre durch Überschüsse im ordentlichen Haushalt abzutragen. Gemäss dem Willen des Ständerats kann das Parlament diese Frist bei „aussergewöhnlichen Entwicklungen“ über diese Frist hinaus erstrecken. Die Vorlage geht nun in den Nationalrat.
- **CO2-Abgabe für Gebäudesanierungen:** Gemäss dem Willen der Mehrheit des Ständerats soll der Bundesrat energetische Gebäudesanierungen mittels Information, steuerlicher Anreize und einer Teilzweckbindung der seit Anfang Jahr erhobenen CO2-Abgabe auf Heizöl fördern. Die kleine Kammer hat eine entsprechende Motion von Ständerätin Simonetta Sommaruga (SP/BE) mit 26 zu 7 Stimmen gutgeheissen. Freisinnige Vertreter warnten erfolglos davor, dass es nicht angehe, den Werkplatz Schweiz durch eine zusätzliche Steuer zu belasten.
- **Verfassungsgrundsätze für Forschung am Menschen:** Der Ständerat hat als Zweitrat die Verfassungsnorm über die Forschung am Menschen beraten. Der Nationalrat hatte beschlossen, die Regelung der Humanforschung auf eine Kompetenznorm zu beschränken. Der Ständerat hat diesen Entscheid der grossen Kammer



korrigiert. Der Rat fügte die vom Bundesrat formulierten Grundsätze wieder ein, allerdings mit einer entscheidenden Korrektur: die Verfassungsgrundsätze sollen nur für die biomedizinische Forschung gelten. In der Debatte wurde die vorgeschlagene Fassung als Kompromiss bezeichnet. Dieser gehe nicht so weit wie derjenige des Bundesrates, lasse aber auch nicht so vieles offen, wie dies der Nationalrat wollte. Der Ständerat billigte die Verfassungsabstimmung in der Gesamtabstimmung mit 33 zu 0 Stimmen. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung in den Nationalrat zurück.

- **Ständerat will Briefmarktöffnung bremsen:** Die Mehrheit des Ständerates widersetzt sich der vom Bundesrat beschlossenen Reduktion des Briefmonopols der Post von 100 auf 50 Gramm. Mit 20 zu 15 Stimmen sprach sich der Rat – entgegen der Meinung der FDP-Vertreterinnen und -Vertreter – für eine Motion aus, welche die Senkung des Briefmonopols verzögern will. Der Bundesrat stellte jedoch klar, dass er von seiner Kompetenz Gebrauch machen werde und die Senkung der Monopolgrenze Mitte 2009 in Kraft setzen wolle. Der Nationalrat wird sich frühestens in der Frühlingssession 2009 mit dem Vorstoss des Ständerates befassen.
- **Stopp dem Zahlungsschlendrian:** Der Ständerat hat eine von der Fraktion FDP-Liberale eingereichte und vom Nationalrat bereits überwiesene Motion angenommen, die eine angemessene Erhöhung des Verzugszinses verlangt. Dies soll zu einem pünktlicheren Zahlungsverhalten beitragen.
- **Mindestumwandlungssatz im BVG:** Der Ständerat hat als Zweitrat den Mindestumwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge beraten. Dieser Satz ist der Prozentsatz, der den Versicherten als jährliche Rente ausbezahlt wird. Der Ständerat sprach sich im Sinne der Fraktion RL oppositionslos dafür aus, den Umwandlungssatz bis 2015 auf 6,4 Prozent zu senken. Des Weiteren soll der Satz alle fünf Jahre überprüft werden. Der Grund für die Senkung des Umwandlungssatzes sind die gestiegene Lebenserwartung sowie die erwartete Zinsentwicklung. Zudem würde ein künstlich hoch gehaltener Satz auf Kosten der heute aktiven Generation gehen. Das Geschäft ist damit bereinigt.
- **Güterverkehrsvorlage bereinigt:** Die Güterverkehrsvorlage verfolgt das Ziel, den alpenquerenden Güterverkehr von der Strasse auf die Bahn zu verlagern. Das Mittel hierzu ist die Alpentransitbörse. Der Ständerat hat die letzte Differenz zum Nationalrat bereinigt. Sie betraf die Aushandlung und Umsetzung der Alpentransitbörse. Mit 21 zu 17 Stimmen folgte die kleine Kammer der Lösung des Nationalrats, welche auf einen Antrag von Nationalrätin Gabi Huber (FDP/UR) zurückgeht. Demnach wird der Bundesrat ermächtigt, Verhandlungen mit der EU und den Nachbarländern zu führen und die nötigen Verträge abzuschliessen. Die Umsetzung der Transitbörse ist jedoch in einem Gesetz zu regeln und somit vom Parlament zu genehmigen. Das Geschäft ist somit bereinigt.
- **Anreizorientiertes Trassenpreissystem:** Der Ständerat hat sich für eine rasche Revision des Trassenpreissystems ausgesprochen. Die kleine Kammer hat eine Motion von Ständerat Rolf Büttiker (FDP/SO) angenommen, die den Bundesrat auffordert, das Trassenpreissystem von der Gewichtsbasierung hin zur Anreiz- und Marktorientierung grundlegend zu reformieren.
- **Streichung der allgemeinen Volksinitiative:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Streichung der allgemeinen Volksinitiative beschlossen. Grund hierfür ist, dass die Umsetzung des Verfassungsartikels auf Gesetzesstufe hochkompliziert gewesen wäre. Das letzte Wort hat der Souverän. Volk und Stände werden über die Vorlage befinden.
- **Reform der Familienbesteuerung:** Der Ständerat verlangt vom Bundesrat, dass er im Rahmen der Reform der Familienbesteuerung ein Modell mit einem separaten Tarif für Familien mit Kindern vorlegt. Der Rat hiess eine entsprechende Motion gut, die einen nach der Anzahl Kinder abgestuften Tarif verlangt (je mehr Kinder, desto tiefere Steuern). Die Reform der Familienbesteuerung geht voraussichtlich im Januar 2009 in die Vernehmlassung.



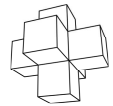
- **Revisionsrecht:** Das neue Revisionsrecht soll reformiert werden. Der Ständerat hiess eine Motion von Ständerat Rolf Büttiker (FDP/SO) mit Stichentscheid des Präsidenten gut. Der Motionär kritisiert, dass die neue Regelung Klein- und Mittelbetrieben grossen bürokratischen Aufwand und hohe Kosten gebracht habe. Die Vorlage geht nun in den Nationalrat.
- **Tabakbesteuerung:** Der Ständerat hat als Zweitrat das Bundesgesetz über die Tabaksteuer beraten und nach der Steuer für Zigaretten auch jene für andere Tabakwaren dem EU-Regime angepasst. Der Rat lehnte es dabei aber mit 19 zu 18 Stimmen ab, die Kompetenz des Bundesrates zur Erhöhung der Tabaksteuer zu erneuern. Damit hätte der Bundesrat den Preis pro Päckchen Zigaretten schrittweise bis auf ca. 9,50 Franken anheben können.
- **Aufhebung der Immunität Brunner:** Der Ständerat hat es mit 24 zu 15 Stimmen abgelehnt, die Immunität von Nationalrat Toni Brunner aufzuheben. Die kleine Kammer widersetzt sich damit dem Entscheid des Nationalrats, der in der Herbstsession beschlossen hatte, die Immunität aufzuheben. Die Ratsmehrheit im Nationalrat wollte damit den Weg ebnen für die juristische Klärung der Frage, ob der SVP-Präsident im Fall Blocher-Rorschacher eine Amtsgeheimnisverletzung begangen hat oder nicht.

5) Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die FDP-Fraktion hat in der Wintersession 2008 folgende sechs Fraktionsvorstösse eingereicht:

- **Einfaches Steuersystem:** Mit einer Motion fordert die Fraktion FDP-Liberale eine Vereinfachung der Besteuerung von natürlichen Personen. Dabei soll ein Recht der Steuerzahlenden auf Einfachheit der Besteuerung verbrieft sowie Einheitstarife, Pauschalabzüge und eine Soll-Kapitalrendite vorgesehen werden.
- **Steuerliche Förderung des Forschungsstandorts:** Die FDP-Liberale Fraktion fordert den Bundesrat auf, steuerliche Fördermassnahmen zur Stärkung des Forschungsstandorts Schweiz vorzusehen. Denn Forschung und Entwicklung haben eine zentrale Bedeutung bei der Steigerung der technologischen Leistungsfähigkeit eines Landes.
- **Stärkung des Eigentums:** Mittels einer Motion wird der Bundesrat beauftragt, die Steuergesetze des Bundes so anzupassen, dass die Eigenkapitalbildung gegenüber der Fremdkapitalaufnahme nicht benachteiligt, sondern steuerlich gleich behandelt wird. Analog zum Steuerabzug der Zinsen für Fremdkapital soll ein auf den Eigenmitteln berechneter Zins abgezogen werden
- **Konzept Glasfasernetz:** Mittels einer Motion wird der Bundesrat aufgefordert, ein Konzept zum Ausbau des Glasfasernetzes vorzulegen. Dieses soll Wettbewerb ermöglichen und den nichtdiskriminierenden Zugang aller Anbieter garantieren.
- **Sistierung der SRG-Gebühreanpassung:** Die SRG soll vor dem Hintergrund des konjunkturellen Abschwungs einen Solidaritätsbeitrag zugunsten der Bürgerinnen und Bürger leisten. Der Bundesrat wird deshalb aufgefordert, die SRG-Gebührenerhöhung von 2007 um rund die Hälfte, d.h. im Umfang von 6 Franken pro Gebührenzahler und Jahr auszusetzen, bis sich die wirtschaftliche Situation in der Schweiz verbessert hat.
- **Gleichstellung bei der Postzustellung:** Die WEKO hat den Bundesrat im November 2008 aufgefordert, die Privilegien der Post beim Sonntags- und Nachtfahrverbot zu beseitigen und private Logistikunternehmen nicht länger zu diskriminieren. Mittels einer Interpellation stellt die Fraktion RL dem Bundesrat einige Fragen zu diesem Thema.

6) Schlussabstimmungen



Das Parlament hat folgende 15 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- mit 178:1 und 15 Enthaltungen (Nationalrat) bzw. 42:0 und 1 Enthaltung (Ständerat) die Verfassungsänderung, mit der die Einführung der allgemeinen Volksinitiative rückgängig gemacht wird;
- mit 187:1 und 1 Enthaltung bzw. 43:0 die neue Schweizerische Zivilprozessordnung, die an die Stelle von 26 kantonalen Zivilprozessordnungen tritt;
- mit 126:62 und 6 Enthaltungen bzw. 35:1 und 6 Enthaltungen die Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge, mit welcher der Mindestumwandlungssatz zur Berechnung der Renten in der zweiten Säule schrittweise reduziert wird;
- mit 102:85 und 6 Enthaltungen bzw. 40:1 und 2 Enthaltungen die Änderung des Patentgesetzes;
- mit 192:0 und 1 Enthaltung bzw. 43:0 die dringliche Änderung des Bankengesetzes, mit der insbesondere der Schutz der Einlagen bei einem Konkurs von 30'000 auf 100'000 Franken erhöht wird;
- mit 191:2 bzw. 43:0 die Totalrevision des Vormundschaftsrechts im Zivilgesetzbuch, die einen massgeschneiderten Erwachsenenschutz bringt;
- mit 127:65 und 2 Enthaltungen bzw. 43:0 das Güterverkehrsverlagerungsgesetz,
- mit 142:48 und 4 Enthaltungen bzw. 43:0 das Bundesgesetz über Änderungen des Transportrechts (Teil der Güterverkehrsvorlage);
- mit 156:31 und 7 Enthaltungen bzw. 43:0 das Gütertransportgesetz (Teil der Güterverkehrsvorlage);
- mit 125:62 und 6 Enthaltungen bzw. 38:2 und 2 Enthaltungen die Änderung des Tabaksteuergesetzes;
- mit 194:0 bzw. 43:0 eine Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes, die eine Versicherungslücke beim Übergang eines Gebäudes auf einen neuen Eigentümer schliesst;
- mit 181:5 und 8 Enthaltungen bzw. 42:0 und 1 Enthaltung das Bundesgesetz über eine Sonderhilfe an den Kanton Obwalden zur Bewältigung der Unwetterschäden von 2005;
- mit 190:0 und 1 Enthaltung bzw. 43:0 ein Abkommen mit Frankreich über die Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Zoll;
- mit 194:0 bzw. 43:0 das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen;
- mit 156:36 und 2 Enthaltungen (nur Nationalrat) eine Änderung des Nationalratsreglements, die für die Behandlung des Geschäftsberichts die Anwesenheit der zuständigen Departementchefs verlangt.